

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Adressen:  
Verleger: B. A. Müller, Prager Straße 32  
Druck: B. A. Müller, Prager Straße 32

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M., Die einseitige 37 mm breite Zeile 1,00 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10 tägliche An- u. Verkäufe 25 % Ermäßigung bei langjähr. dauernden Aufträgen gegen Vorabzahlung. Einzelnummer 40 Pf.

Schreibleitung und Anzeigenverwaltung:  
Moritzstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von B. A. Müller & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**„Käthe-Kruse“-Puppen**  
Oekleidete und ungekleidete Puppen, Celluloid-Baby, Pappengarderobe — Puppenwagen, -wagen, -betten  
**B. A. Müller, Prager Straße 32**  
Lehr-Uhr „Tick-Tack“ ist wieder zu haben

**Verleih-Magazin**  
für Möbel, Porzellan, Gläser, silberne Bestecke, Tischwäsche, Tafeln u. Stühle usw.  
**Andreas Wold. Gottschalch**  
Tel. 2149 — Prager Straße 19 — Tel. 12632  
Verkauf von Karb., Klub- u. Spielstühlen — Ein- u. Verkauf von modernen u. antiken Möbeln

**Max Glöss Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
**Praktische Weihnachtsgeschenke**

## Die Ursachen der deutschen Kohlennot.

### Der Bericht im Reichskohlenrat.

Wachstumsbildung auf Berliner Schriftleitung.  
Berlin, 14. Dez. Unter sehr harter Beteiligung und in Gegenwart von Vertretern der Reichsregierung hielt heute der Reichskohlenrat eine Vollversammlung ab, um den Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft, den der Reichskohlenrat des Reichskohlenrats, Vorkonferenzpräsident Reimbold, erlittene, entgegenzunehmen. Er stellte fest, daß die Beschränkungen sogar noch weit übertrieben worden seien. Dabei konnten wir in der Erzeugung unverkennbare Fortschritte gegenüber dem Vorjahre feststellen. Trotzdem bleibt die deutsche Steinkohlenförderung hinter dem letzten Jahresniveau 1918 immer noch um rund 22,7 Prozent zurück. Erzeugnisse sei die deutsche Braunkohlen-Produktion im Vergleich mit dem Vorjahre um etwa 11,8 Prozent und 1919 um rund 4,3 Prozent. Dieses beträchtliche Ertragsrückbleiben sei erreicht worden trotz einer bemerkenswerten Verringerung der im Braunkohlenbergbau tätigen Arbeitskräfte. Die Braunkohlen-Produktion sei um etwa 18 Millionen Tonnen Preis- und Braunkohlen des Jahres 1920 habe eine Leistung von rund 21,25 Millionen im Jahre 1921 gegenüber. Trotzdem bestehe zurzeit eine ausgesprochene Kohlennot in Deutschland. Sie beruhe in erster Linie darauf, daß

### Der Ausfall der oberdeutschen Förderung während der Wintermonate

mit zwei Millionen Tonnen, die sonst dem deutschen Inland zugute gekommen wären, erst nachträglich sich sehr fühlbar machte.

Von den Industrien befindet sich namentlich diejenige des Siegerlandes der Baustoff-, der Porzellan- und Papierfabrikation in besonderer Bedrängnis, letztere zum Teil auch noch durch das Ausbleiben der böhmischen Kohle. Die Kohlenversorgungslage bleibt über den ausbleibenden Kohlenlieferungen. Besonders schwierig liegen die Verhältnisse bei der Eisenbahn, die, trotz aller Bemühungen nicht die Vorräte nicht auf die die Kontinuität des Betriebes gewährleistende Höhe bringen konnte. Zur Vermeidung von Betriebsbeeinträchtigungen, die für unser Wirtschaftsleben kaum erträglich werden, würden besondere Ausnahmemaßregeln nicht zu umgehen sein. Sie seien inzwischen durch Einführung des sogenannten Dienstkohlenzwanges ergriffen worden. Die Eisenbahn werde aber durchgehende Befreiung ihrer Verkehrsverhältnisse durchzuführen müssen. Denn sonst drohten besonders für Süddeutschland unheilvolle Katastrophen. Dort befinden sich namentlich die Gas- und Elektrizitätswerke in einer geradezu verhängnisvollen Lage.

Versuchsmann Reimbold verbreitete sich sodann ausführlich über die

### Wiedergutmachungsleistungen und das Weidbacher Abkommen.

Er bezeichnete als letztes Mittel zur Erleichterung unserer Brennstofffrage eine Beschränkung unserer Kohlenabgabe an das Ausland.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung ergriff Hugo Stinnes das Wort zu folgenden Ausführungen: Die Leistungen der Eisenbahn weisen keine Fortschritte, sondern Rückschritte auf, sowohl in technischer wie in betrieblicher Hinsicht. Der Kernpunkt des schlichten Standes unserer Kohlenversorgung liege in der Politik des Reichswirtschaftsministeriums, in dem veralteten System der Preisfestsetzungen und der Beschränkung. Deutschland sei umgeben von Ländern mit höherer Valuta und freier Wirtschaft. Die ganze deutsche Wirtschaft mit billigerer Zustandskohle zu versorgen, sei undurchführbar. Die Eisenbahnen könnten diese Aufgaben nicht leisten. Sie würden dadurch in ungeheurer Weise belastet. Jener forderten wir das Ausland geradezu auf, sich der billigen Reparationskohle zu bemächtigen. Auf Grund unserer Kohlenlieferungen seien die französischen und die luxemburgische Eisenindustrie wieder in Gang gebracht worden und wir würden von den Belgiern und den Franzosen auf dem Weltmarkt im Eisenexport unterbieten.

Stinnes schloß die Einführung eines kleinen Ausschusses vor, um mit der Regierung über die Frage der Verteilung der Kohlen zu verhandeln. Nachdem Silberberg dringend vor einer Überbeanspruchung der Kohlenenergie gewarnt hätte wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach der Reichskohlenrat eine 30 Prozent überschneidende Kohlensteuer als eine für das deutsche Wirtschaftsleben untragliche Belastung erklärt und entschieden Widerstand erhebt gegen die beschlossene Ausdehnung der maßgebenden Ministerium des Reichskohlenrates bei der künftigen Durchführung des Kohlenenergiegesetzes. (W. T. B.)

### Abnahme des Fischereibetriebes.

Cuxhaven, 14. Dez. Die Abnahme des gesamten Cuxhavener Fischereibetriebes stellt sich unmittelbar bevor. Nachdem seit Wochen kein Fischdampfer mehr wegen Kohlenmangels ausgerichtet werden konnte, liegen jetzt alle Dampfer bis auf fünf im Hafen still. Die fünf Fischdampfer treffen im Laufe dieser Woche vom Kanal Cuxhaven ein. Damit hat dann bis auf weiteres der gesamte Cuxhavener Fischdampferverkehr ein Ende erreicht. Auch in den übrigen deutschen Fischmarktplätzen ist die Lage ähnlich wie in Cuxhaven.

### Mahnahmen gegen die Papiernot der Zeitungen.

Berlin, 14. Dez. (Kontin.) Das Erscheinen einzelner Tageszeitungen ist dadurch in Frage gestellt, daß die Druckpapierfabrikanten ihre Verpflichtungen zur Papierlieferung nicht rechtzeitig erfüllen. Soweit dies auf Kohlen- und Gasmangel zurückzuführen ist, werden die erforderlichen Maßnahmen mit allem Nachdruck getroffen. Uebrigens liegt die Vermutung nahe, daß wegen der am 1. Januar 1922 bevorstehenden Preisänderungen Lieferungen zurückgehalten werden. Von einem künftigen Preisrückgang ist bereits Ermittelungen über die Möglichkeiten der Vermittlungen im Gange. Weitere Maßnahmen dieser Art werden eingeleitet. Auch wird eine Einschränkung der Druckpapierausfuhr eintreten müssen, wenn nicht in der Beseitigung notwendiger Zeitungen mit Druckpapier alsbald eine Besserung eintritt. (W. T. B.)

## Die Neuregelung des Eisenbahnwesens.

Große Machtvollkommenheiten für den Reichsverkehrsminister.

Berlin, 14. Dez. Es werden jetzt Einzelheiten aus dem Entwurf des Eisenbahnfinanzgesetzes, der demnächst den gesetzgebenden Körperschaften zugehen soll, bekannt. Danach soll die Eisenbahn nicht nur vom Reichsfinanzministerium, sondern auch vom Reichstage unabhängig gemacht werden, dem nur das Recht erhalten bleibt, darüber zu wachen, daß der Reichsverkehrsminister die Gesetze einhält. Der Entwurf hat den Reichsverkehrsminister mit einer großen Machtvollkommenheiten aus. Er soll z. B. ermächtigt sein, selbständige Tarifänderungen vorzunehmen, und lediglich angehalten werden, die nachträgliche Sanction des Verwaltungsrates einzuholen. Der aus 16 Mitgliedern bestehende Verwaltungsrat nimmt eine wichtige Stelle in der neuen Eisenbahnverwaltung ein. Der Verwaltungsrat soll vor allem die Aufgaben erledigen, die bisher hauptsächlich dem Reichstag oblagen. Künftig sollen Bauetat und Betriebsetat klar getrennt werden. Eine Anzahl von Bahnen, die bisher von der Eisenbahnverwaltung abgetrennt wurden, sollen auf allgemeine Reichsleistungen übertragen werden. Wenn der Entwurf an dem wesentlichsten Charakter des Beamtenrechts zurzeit auch noch nicht rütteln will, so sieht er doch schon eine neue Form von Lohnangehörigen höherer Ordnung mit hohen Bezügen vor, um die Hebernahme tüchtiger Kräfte aus anderen Berufen zu ermöglichen.

### Sturm auf die Saargenossenschaftsbank.

Saarbrücken, 14. Dez. Gehern verurteilte von einem vorstehenden Zusammenbruch der Saargenossenschaftsbank, auf die ein förmlicher Sturm der Einleger einwirkte. Den Schlussfolgerungen wurde jedoch voll entsprochen.

### Weitere Herabsetzung der Margarinepreise.

Berlin, 14. Dez. Auf Vorschlag der Preiskommission des Margarineverbandes wurden die Preise weiter herabgesetzt. Sie stellen sich für Waren, die ab 14. Dezember vom Lager geliefert werden, für die verschiedenen Sorten auf 21 bis 27 Mark. Die Preise sind Kleinhandelspreise für bezahlte Ware, wozu noch der übliche Handelszuschlag kommt. (W. T. B.)

## Aus der Thronrede zur Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 14. Dez. In der Thronrede, womit der König das Parlament eröffnet, heißt es: Ich habe Sie berufen, sich hier zu dieser unglücklichen Zeit zu versammeln, damit die Bestimmungen des von meinen Vätern und der irischen Regierung unterzeichneten Abkommens ihren vollen Wert zur Geltung bringen können. Mit herzlicher Freude erfuhr ich von dem Abkommen, das abgeschlossen wurde nach viele Monate dauernden Verhandlungen, die nicht nur die Wohlfahrt Irlands betrafen, sondern auch die britischen und die irischen Rassen in der ganzen Welt. Es ist mein innigster Wunsch, daß durch dieses Abkommen unterbreitete Abkommen der Zeit, der Jahrhunderte gewährt hat, ein Ende finden werde und daß Irland als freies Mitglied der Gemeinschaft der Nationen, die das britische Reich bilden, die Verantwortung seiner nationalen Ziele erreichen wird. (W. T. B.)

London, 14. Dez. Um 3 Uhr nachmittags trat das Unterhaus zusammen, um den irischen Friedensvertrag zu erörtern. Lloyd George hielt eine Rede, in der er sagte: Sein Nebenkommen zwischen zwei Völkern sei so begünstigt und so allgemein begrüßt worden. Ganz England habe Befriedigung über das Abkommen empfunden. Eine so allgemeine Freude wäre unmöglich gewesen, wenn der Vertrag eine Demütigung Großbritanniens und des britischen Reiches bedient hätte. Auch die Regierungen der Dominions hätten ihre Verteidigung und Freude ausgesprochen. (W. T. B.)

## Japanische Unzufriedenheit mit der Flottenabrüstung.

London, 14. Dez. Die japanische Delegation in Washington hat die Nachricht erhalten, daß der japanische Admiral Kato in Zusammenhang mit der bekannten Noteneinschränkung außer Dienst gestellt wird.

Herabsetzung der amerikanischen Flottenbemanning. New York, 14. Dez. Das Flottenamt hat Anweisung erhalten, die Stärke der Flottenbemanning um 10 000 Mann herabzusetzen. (W. T. B.)

## Die Reichskohlenkatastrophe.

Im Zusammenhang mit einer vortagigen Anfrage über die Verteuerung der böhmischen Kohlen ist in der letzten Sitzung des sächsischen Landtages die seit einigen Wochen im Brennpunkte der öffentlichen Erörterungen stehende für Sachsen ganz besonders katastrophale Kohlennot zur Sprache gekommen. Es ist das erste Mal in diesen Tagen der immer gefährlicher werdenden Krise, daß sich ein deutsches Parlament mit dieser der Lösung bedürftigen Frage befaßt hat, ohne allerdings zu einem im vorliegenden Falle besonders dringenden Entschluß gelangt zu sein, wie der drohende Wirtschaftszusammenbruch abgewendet werden kann. Und doch sollten wir uns gerade in Sachsen darüber klar sein, daß jeder weitere Tag der verhängnisvollen Entwicklung, der entschluß- und tatenlos verstreicht, uns nur tiefer in die ohnehin schon kaum noch erträgliche Wirtschaftsvorverfallung schiebt, und daß die Berliner, die unserem Wirtschaftsleben drohen, auf lange Zeit hinaus unüberwindlich sein werden. Schon stehen die Gas- und Elektrizitätswerke der sächsischen Großstädte unmittelbar vor der Stilllegung, die Industrien sehen sich der Notwendigkeit gegenüber, in den allerersten Tagen schon Betriebsbeschränkungen vorzunehmen, einer der wichtigsten sächsischen Industriezweige, die Papierfabrikation, hat zum Teil ihre Tätigkeit einstellen müssen, Landwirtschaft, Ernährungswesen, Hausbrand leiden in gleicher Weise. Und was wir hier in Sachsen, als einem vorwiegend industriellen Staate, besonders hart empfinden müssen, das gilt mit geringer Einschränkung für den größeren Teil des ganzen Reiches. Die Kohlenkatastrophe ist eine Reichskatastrophe. Darauf hat in den ersten Dezembertagen der vom Reich beauftragte mehrheitlich sozialistische Staatskommissar für Kohlenversorgung Reichlich in Dortmund eindringlich hingewiesen. Der Kommissar gab in einem rheinischen Blatte eine Schilderung der bitteren Klagen über mangelhafte Kohlenbelieferung, die täglich aus allen Teilen des Reiches bei ihm einströmen. Da sind die vom Kohlenmangel arg bedrohte, über 40 000 Arbeiter beschäftigende Sägmühlwaren-Industrie fürchten, während der Staatskommissar für Demobilisierung in Eisen dringend zu bedenken gibt, daß die ungenutzte schlechte Kohlenbelieferung der Baustoffwerke im nächsten Frühjahr, also zu einer Zeit, in der allenthalben großzügige Baupläne in Angriff genommen werden sollen, eine kaum jemals dagewesene Baustoffnot erzeugen muß. Die chemische Industrie, die bei dem gestiegenen Arzneimittelbedarf der vom Reich übernommenen russischen Hilfsaktion unter zunehmendem Kohlenverbrauch auch eine gestiegene Arzneimittelherstellung betreiben möchte, sieht sich gezwungen, ihre Leistungen herabzusetzen, so daß selbst im Inlande leicht ein Arzneimittelmangel eintreten kann. Und das in den Monaten, in denen statistisch die meisten Ertragsüberschreitungen auftreten. Die sauerländische Klein-eisenindustrie, die von dem großen rheinischen Elektrizitätswerk „Wart“ abhängt, mit ihren in die Hunderttausende gehenden Arbeitern und Angehörigen, kündigt dem Kohlenkommissar den Stillstand ihrer Betriebe an. Eine endlose Kette von ähnlichen Vorkäufen ließe sich diesen herausgegriffenen Beispielen anschließen.

Es bedarf keines Wortes weiter, um zu erweisen, wie dringend notwendig die augenblickliche Bekämpfung dieses Wirtschaftsruns ist. Diese Bekämpfung kann aber nur dann recht wirksam werden, wenn man den Ursachen der gegenwärtigen Notlage nachgeht und sie richtig einzuwirken vermag. Gewiß ist es Tatsache, daß die jetzige Katastrophe zum großen Teil auf Transportmangel zurückgeht, denen die Reichseisenbahnverwaltung nicht mit dem nötigen Weltbild rechtzeitig begegnet ist. Schon im Oktober wiesen rheinische Blätter darauf hin, daß die Abnahme des für die Kohlenversorgung benötigten Wagenparkes infolge der Bestellung von Wagen für den gleichzeitig notwendig werdenden Startofftransport eine Kohlennot in den von der Ruhrkohlenförderung abhängigen Gebieten heraufzubekommen drohe. Dazu kam, daß der allgem. in Deutschland niedrige Wasserstand der Flüsse die Abförderung der Kohle auf diesem Wege, die sonst eine harte Entlastung der Bahnen bedeutete, sehr einschränkte. Mit diesen Schwierigkeiten, die jedes Jahr eintreten können, mußten die Reichseisenbahnverwaltung und ihre Direktionsbezirksleitungen rechnen. Daß sie hierbei nicht den nötigen Wehrstand gezeigt haben, daß wirklich ein „Verlagern der Reichseisenbahnen“ vorliegt, um mit den Worten des sächsischen Finanzministers Reinhold zu sprechen, beweisen die Verhältnisse in Sachsen. Von den rund 1800 Lokomotiven, die die sächsischen Linien besetzen, befinden sich 18 Prozent in reparaturbedürftigem Zustande. Der Prozentsatz der für den Kohlentransport in Betracht kommenden offenen Wagen, die der Ausbesserung unterliegen, ist zwar nicht ganz so hoch, immerhin aber doch so erheblich, daß man verwundert sein darf, wie die Staatsbahnen trotz der im Vergleich zur Vorkriegszeit kurzen Zunahme von Arbeitskräften nicht in der Lage gewesen sind, den Wagenstand auf normaler Höhe zu halten und voranschauend zu disponieren. Nur dadurch ist es möglich, daß die Güter und Kohlen sich jetzt in dem